Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 28. Freitag den 28. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 2. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 17. Februar dss. J. auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1693. Gesetz, betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1886/87. Vom 17. Januar 1887.

Nr. 1694. Verordnung, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse auf den zum Schutzgebiet der Neu-Guinea-Compagnie gehörigen Salomonsinseln. Vom 11. Januar 1887.

Nr. 1695. Bekanntmachung, betreffend eine Abänderung des Verzeichnisses der gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen. Vom 5. Januar 1887.

Leipzig, den 24. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Das vom Stiftsrathe Dr. Johann Franz Born für einen in Leipzig geborenen, die Rechte studirenden Sohn

a. eines Beisitzers der hiesigen Juristenfacultät, oder, da deren keiner vorhanden,

b. eines Beisitzers des vormaligen hiesigen Schöppenstuhles, oder, da ein solcher auch nicht wäre,

c. eines Rathsherrn allhier, und wenn deren ebenmäßig keiner zu finden,

d. eines hiesigen Bürgers

gestiftete Stipendium ist auf die Jahre 1887 und 1888 zu vergeben und beträgt auf diese beiden Jahre je 170 ℳ 56 ₰.

Der Empfänger dieses Stipendii hat jedes Jahr am 12. Juni, oder, dafern letzterer auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am 13. Juni über ein „argumentum juridicum zu perorieren" und diese Oration schriftlich bei uns einzureichen.

Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche um obiges Stipendium sich bewerben wollen, hierdurch auf, sich unter Beschreibung ihrer Stiftungsgemäßen Qualification bis zum 3. März dieses Jahres schriftlich bei uns anzumelden, widrigenfalls sie diesmal unberücksichtigt bleiben.

Leipzig, den 15. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kr.

Bekanntmachung.

Das für den am 10. Juli 1869 zu Zeitz geborenen Goldarbeiterlehrling **Alexander Arthur Hoffmann** von uns im Jahre 1883 unter 838 ausgestellte Arbeitsbuch ist verloren gegangen und bitten wir, dasselbe im Auffindungsfalle anher, Ostmarkt 3, 2. Etage, Zimmer 115 (Stadthaus), abzuliefern.

Leipzig, am 24. Januar 1887.

VI. 328. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Reichel.

Nichtamtlicher Theil.

Gegen die Centrumspartei.

Die zahlreichste Partei in dem aufgelösten Reichstage war die Centrumspartei, und deshalb muß die gegenwärtige Wahlbewegung in erster Linie gegen diese Partei gerichtet sein. Der Wahlaufruf des Centrums drückt die Hoffnung aus, daß die Wähler der Partei auch bei der neuen Reichstagswahl am 21. Februar wie immer fest zusammenstehen und ihren Führern bei Fortsetzung des Kampfes für die Rechte der Kirche unbedingt Folge leisten werden. Wie auch aus diesem Wahlaufruf wiederum hervorgeht, ist das Centrum keine politische Partei im eigentlichen Sinne, sondern das Mittelmittel, welches sie geschaffen hat und noch zusammenhält, ist der Gegensatz zwischen den Interessen der Kirche und des Staates; das Centrum ist eine Partei des Kampfes für Rechte, welche außerhalb des Staatszweckes liegen; die bewegende Kraft in der Partei ist das Streben nach Macht, alles Uebrige, wovon das Parteiprogramm spricht, ist Nebensache, Beiwerk, dient nur als Vorwand, und deshalb kann auch die Vaterlandsliebe nicht als Beweggrund für die Parteibestrebungen des Centrums gelten. Das Haupt der Partei, Windthorst, macht gar kein Geheimniß daraus, daß ihm die Wiederherstellung Hannovers mehr am Herzen liegt als die Wohlfahrt des deutschen Reiches, und deshalb steht er auch in der Militärfrage auf Seiten der Gegner des Septennats.

Voraussetzung des festen Zusammenhanges der Wähler des Centrums ist das volle Einverständniß des Oberhaupts der katholischen Kirche, des Papstes, mit den Zielen der Führer, mit den unumgesprochenen, wie mit denen, welche das Programm aufzählt. Der feste Glaube an das Fortbestehen dieses Einverständnisses ist seit der Zeit erschüttert, seit welcher sich eine Annäherung zwischen Papst und Kaiser, zwischen Papst und Kanzler gestaltet hat. Die Meinungsverschiedenheiten in der Bischofsfrage sind ausgeglichen, die Erzbisthümer Köln und Posen-Gnesen, das Bisthum Culm haben neue Oberhirten erhalten, der Papst ist mit dem König von Preußen über die Anerkennung der Anzeigepflicht übereingekommen und das Versprechen der weitesten Revision der Maigesetze ist, wie die Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtages beweist, soweit es auf die preußische Regierung ankommt, bereits eingelöst, eine bezügliche Vorlage wird dem preußischen Landtage demnächst zugehen. Endlich hat auch die Anrufung des Papstes als Schiedsrichter in dem Streite wegen der Karolineninseln nicht wenig dazu beigetragen, ein angenehmes persönliches Verhältniß zwischen Papst und Kaiser anzubahnen. Das sind bedeutungsvolle Anzeichen für die Beendigung des Kampfes zwischen Staat und Kirche, welcher dem Centrum das Leben gegeben und dreizehn Jahre lang erhalten hat. Es ist aber in neuester Zeit noch eine andere schwerwiegende Thatsache für die veränderte Stellung zwischen Staat und Kirche in Deutschland hinzugetreten, und das ist das Zeugniß des Papstes, daß er mit dem Verhältniß von Kirche und Staat in Bayern zufrieden ist. Dieses Zeugniß hat der Agitation der ultramontanen Partei in Bayern den Boden entzogen und das Verbleiben des Ministeriums Lutz an der Spitze der Regierung nach Uebernahme derselben durch den Prinz-Regenten Luitpold ermöglicht. Und in welchen Beziehungen dieser deutsche Fürst zum deutschen Kaiserhofe steht, das hat außer vielen anderen Begebenheiten der letzten Monate der Verlauf seines Besuches in Berlin im December 1886 gelehrt.

Aus dem Gesagten ist zu erkennen, daß die Stellung des Centrums seit den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1884 eine wesentlich andere geworden ist, daß der Gegensatz zwischen Staat und Kirche, auf welchen die Macht Windthorst's sich gründet, thatsächlich nicht mehr besteht, und daß es nur noch die Kraft der Gewohnheit ist, welche die Centrumspartei zusammenhält; ein päpstliches Machtwort, welches den von Windthorst und Genossen mit aller Kraft gewobenen Schleier zerreißt und — das Parteigebäude des Centrums ist dem Einsturz preisgegeben. Wie der Kanzler schon dem preußischen Abgeordnetenhause am 24. Januar andeutete, mißbilligt der Papst Manches, was das Centrum that, und wie die Münchener „Neuesten Nachrichten" aus unantastbarer Quelle erfahren haben, ist der Kanzler im Besitz einer sehr entschiedenen Aeußerung des Papstes über die Stellung des Centrums zu den gegenwärtigen Fragen, welche entscheidend für die Stellung der Katholiken im Wahlkampf sein muß und den katholischen Klerus von der Wahlagitation fernhalten wird. Die päpstliche Kundgebung soll so deutlich sein, daß ihre Ignorirung eine directe Unbotmäßigkeit gegen den Papst darstellen würde, also wird die Veröffentlichung, welche bereits in Aussicht gestellt ist, auf die Centrumswähler wie ein Donnerschlag wirken.

Herr Windthorst wird wahrscheinlich von der bevorstehenden Wendung schon unterrichtet gewesen sein, und darauf erklärt sich dann auch sein Rückzug und sein neuester enger Anschluß an die deutschfreisinnige Partei. Er legt seit einiger Zeit nicht mehr das Hauptgewicht auf die Rechte der Kirche, sondern drapirt sich mit den Volksrechten, spricht von der Nothwendigkeit einer Controle der Ausgaben für die Militärzwecke durch die ärmeren Volksclassen und nimmt überhaupt die Miene an, als ob er die Verfassung gegen Diejenigen vertheidigen müsse, welche sie in Frage stellen. Windthorst ist also im besten Zuge, sich aus einem Centrumsführer in einen Demagogen zu verwandeln, aber bei diesem Streben stößt er auf den sehr unbequemen Widerstand des Reichskanzlers, welcher ihm demnächst unter Vorweisung eines päpstlichen Schreibens die Maske herunterreißen und ihn zwingen wird, Farbe zu bekennen.

Was hat das Septennat mit den Rechten der Kirche zu thun? Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Bedürfnissen der deutschen Heeresverwaltung und der Zurückführung der katholischen Ordensgemeinschaften? Darauf ist Windthorst die Antwort bisher schuldig geblieben, und auch der Wahlaufruf des Centrums giebt darüber keinen Aufschluß. Es bedarf gewiß einer ganz unzweifelhaften Kundgebung, um die compacte Masse, welche die Centrumswähler seit einer langen Reihe von Jahren bilden, in ihre Bestandtheile aufzulösen, aber diese Frage müssen sie sich dennoch vorlegen, und die strikte Verneinung derselben, verstärkt durch ein Zeugniß des Papstes, daß er mit der Stellung der katholischen Kirche nicht blos in Bayern, sondern auch im übrigen Deutschland zufrieden ist, wird und muß der Wahlbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen, in Hannover, in Posen, Westpreußen und Oberschlesien eine ganz veränderte Gestalt geben.

Man darf sehr gespannt sein auf die Veröffentlichung des päpstlichen Schreibens. So viel scheint schon jetzt festzustehen, daß es zunächst die Bestätigung des bereits bekannten Ausspruchs über die befriedigende Stellung der katholischen Kirche in Bayern enthält, ferner aber, daß die Vermischung katholischer und socialistischer Zwecke darin scharf getadelt wird. Gegen diese Anschuldigung hat sich Windthorst bereits am 24. Januar verwahrt und angekündigt, daß er sich dagegen vertheidigen wird. Die Vertheidigung ist aber unmöglich, weil es bekannt ist, daß die katholischen Wähler wiederholt bei Stichwahlen commandirt worden sind, dem socialdemokratischen Candidaten ihre Stimme zu geben und daß dieser Befehl auch befolgt worden ist. Von Wahlbeeinflussung kann bei den Centrumswählern überhaupt nicht die Rede sein, weil sie stets ohne Bedenken die ihnen bezeichneten Candidaten auf das Programm der Centrumspartei gewählt haben. Sie haben also eigentlich nicht ihr Wahlrecht ausgeübt, sondern sind nur den ihnen von den Beichtstühlen der Kirche ertheilten Weisungen nachgekommen. Wenn jetzt der Papst selbst ihnen seinen von den Führern des Centrums abweichenden Willen verkündet, so wissen sie, was sie zu thun haben, andererseits könnte man die Frage auch dahin auffassen, daß den Centrumswählern dadurch die bisher versagte Freiheit der politischen Ueberzeugung zurückgegeben wird. *

Leipzig, 28. Januar 1887.

* Der Reichskanzler Fürst Bismarck wurde am Mittwoch Mittag auch von Sr. kaiserl. und königl. Hoheit dem Kronprinzen zum Vortrage empfangen.

* Am Donnerstag hielt der Bundesrath wieder eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung befanden sich u. A. folgende Gegenstände: Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Vormundschaften; das Uebereinkommen mit England über das Sultanat von Zanzibar und die Abgrenzung der deutschen und englischen Interessensphären in Ostafrika; eine Nachweisung der den einzelnen Bundesstaaten bis Ende December 1886 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen; ein Antrag, betreffend den Anlaufshafen der deutschen Postdampfer auf der australischen Hauptlinie, und ein Antrag des Ausschusses, betreffend eine Eingabe wegen Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Errichtung von Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern.

* Ueber das Verbot, betreffend die Ausfuhr von Pferden, ist folgende schon telegraphisch erwähnte kaiserliche Verordnung publicirt: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc. verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths, was folgt: §. 1. Die Ausfuhr von Pferden ist über sämmtliche Grenzen gegen das Ausland bis auf Weiteres verboten. §. 2. Der Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen von diesem Verbote zu gestatten und etwa erforderliche Controlmaßregeln zu treffen. §. 3. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 25. Januar 1887.

(L. S.) gez. Wilhelm.
gegz. v. Bismarck."

* Mit dem kürzlich zu Bonn verstorbenen Generalmajor a. D. Schirmer ist einer der noch wenigen Veteranen der Freiheitskriege und nächst dem Kaiser dem Patent nach vielleicht der älteste Officier der preußischen Armee dahingegangen. Als bei der allgemeinen Landesbewaffnung 1815 Schirmer's Vater, Forstmeister in Altenkirchen, von dem Herzog von Nassau unter Ernennung zum Hauptmann mit der Bildung einer Freicompagnie beauftragt worden war, wurde der junge Heinrich Friedrich Wilhelm Schirmer (geboren am 28. October 1800 zu Himmelkron in Unterfranken) von den Freiwilligen zum Officier gewählt und erhielt von dem Landesfürsten unterm 25. März 1815 sein Patent als Second-Lieutenant unter gleichzeitiger Versetzung zum mobilen 1. Infanterie-Regimente. In diesem zur deutschen, der Armee Wellington zugetheilten Legion Nassau-Oranien gehörenden Regimente machte Schirmer den Feldzug gegen Frankreich und somit auch die Schlacht bei Belle-Alliance mit und zog mit der verbündeten Armee, deren jüngster Officier er gewesen sein dürfte, in Paris als Sieger ein. Nach dem Pariser Frieden wurde Schirmer dem preußischen 34., bald darauf dem 35. Infanterie-Regiment zugetheilt; 1838 wurde er zum Hauptmann ernannt und 1846 als Major zum 16. Infanterie-Regiment versetzt. Die Lücken seiner durch den frühen Eintritt ins Heer unterbrochenen wissenschaftlichen Ausbildung hatte er durch eifriges Studium in solchem Grade auszufüllen vermocht, daß er die Aufmerksamkeit seiner höchsten Vorgesetzten auf sich zog und zum militärischen Begleiter der preußischen Prinzen Alexander und Georg, Söhne des Prinzen Friedrich von Preußen, während ihres Besuchs der Bonner Universität auserlesen wurde. Im badischen Feldzuge 1849 erhielt Schirmer die verantwortliche Stellung als Commandant der Universitätsstadt Heidelberg. Nach dem Feldzuge wurde er zum Commandeur des Landwehr-Bataillons Köln ernannt, 1854 mit der Führung des 15. Infanterie-Regiments (2. Westfälischen) beauftragt und bald darauf zum Oberstlt. und Commandeur desselben befördert. Ein Augenleiden nöthigte ihn, 1857 um seinen Abschied einzukommen, der ihm unter dem Charakter eines Generalmajors verliehen wurde. Schirmer (dessen Vater 1846 als Wirklicher Oberforstmeister in Köln gestorben war) lebte sodann, selbst verehelichtet, bis 1877 bei seinem Bruder, der Pfarrer in Plettenberg war, in ländlicher Zurückgezogenheit, siedelte nach dessen Tode mit seinem zweiten Bruder, bisher Wirkl. Oberforstmeister zu Arnsberg, bei dessen Verabschiedung nach Wiesbaden über und lebte, da er auch diesen Bruder durch den Tod verlor, seitdem in Bonn.

* Unter der Ueberschrift „Ein Culturkampfproceß" jammert die „Germania" in einem langen Erguß darüber, daß das bischöfliche Officialat in Trier und der katholische Seelsorger von Neuenahr sich am 3. Februar vor der Strafkammer in Coblenz zu verantworten haben wegen Ausschließung einer nicht kirchlich Getrauten aus der katholischen Kirche. Die „Germania" hätte besser gethan, bemerkt die „Kölnische Zeitung", diese Geschichte nicht an die Oeffentlichkeit zu bringen, da die betreffenden Geistlichen nicht wegen Ausschließung der betreffenden Frau aus der katholischen Kirche verfolgt werden, sondern wegen öffentlicher Beschimpfung, die in einer Rohheit erfolgt ist, wie man sie gebildeten Männern nicht zugetraut hätte. Die Frau ist mit einem rechtsgiltig von seiner ersten Frau geschiedenen Arzte gesetz- und rechtmäßig verheirathet, aber nicht kirchlich getraut. Und gegen diese rechtmäßige Ehefrau wird in der Pfarrkirche von Neuenahr öffentlich eine Aufforderung angeschlagen, worin die Frau mit ihrem Mädchennamen angeredet wird und deren erster Satz lautet: „Es ist notorisch, daß Sie mit dem Herrn Sanitätsrath N. S. (der Name ist im Original ausgeschrieben) in Neuenahr in dessen ehelichem Hause wie Gattin und Gatte zusammenleben." Eine so schmähliche Beschimpfung einer Ehefrau ist wohl überhaupt noch nicht vorgekommen, und sie ist um so unbegreiflicher, als sie gänzlich unnöthig war, da es genügt hätte, der Wahrheit gemäß zu sagen, die Ehe sei keine sacramentale kirchliche und müsse darum bei Strafe der Ausschließung aus der Kirche aufgegeben werden. Diese unerhörte Verständigung der geistlichen Behörden wider Anstand und Gesetz ohne jede Nöthigung soll nun ausgebeutet werden, um den Culturkampf anzufachen; — es ist stark.

* An die deutschen Wähler wendet sich jetzt auch die internationale Friedens- und Freiheitsliga, die in Genf ihren Sitz hat und seit Jahren mit ihren Abrüstungsvorschlägen unterm im französischen Interesse und für die Loslösung Elsaß-Lothringens vom deutschen Reich arbeitet. Das hat der Reichstagswahlkreis wirklich gerade noch gefehlt, daß ihr diese Gesellschaft Zustimmung und Beifall ausspricht!

* Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß mehrere Socialisten, darunter der am Sonnabend freigesprochene Günther, unter Verdacht, vor 3 Jahren das Dynamitattentat gegen das Polizeigebäude begangen zu haben, verhaftet worden sind.

* * *

* Die bulgarische Sobranje soll angeblich Mitte Februar zusammentreten. — Wie aus Sofia gemeldet wird, wäre die Mission Zankow's in Konstantinopel gescheitert, man hofft dagegen, daß die Delegirten der Sobranje ihr Ziel bei der Pforte erreichen werden.

* Boulanger steht in Paris wieder einmal im Vordergrunde des politischen Interesses und der Erörterung, immer schärfer spricht sich in der Tagespresse die Nothwendigkeit aus, für oder wider ihn Partei zu ergreifen. Das „Journal des Débats" thut ihm bereits den Schimpf an, ihn zum künftigen Kriegsminister der Commune zu stempeln. Die „République française" hält seine Aeußerung, daß er in einer Rede seine politische Lage darlegen und sich über die ihm zugeschriebenen politischen Absichten aussprechen werde, für eine Ungeheuerlichkeit. Viele seltsame Dinge habe man in Frankreich gesehen, aber etwas Derartiges sei zu keiner Zeit unter der constitutionellen Monarchie, geschweige denn unter der Republik vorgekommen. Die Haltung der republikanischen Partei dem Oberhaupt der National-Armee gegenüber werde sich gewaltig ändern, falls der Soldat dem Politiker Platz machen sollte. Frankreich sei nicht Spanien; noch ständen die Pyrenäen und würden noch lange stehen. „General Boulanger", schließt das Blatt in drohendem Befehlstone, „wird sprechen, wenn er über die ihm anvertraute Armee zu reden hat, aber er wird die angekündigte Rede nicht halten, aus dem einfachen Grunde, weil er sie nicht halten kann, so lange wie ein Cabinet haben, dessen Präsident nicht er selbst ist. Kein Republikaner in Frankreich aber wird dulden, daß eine Militärpresse eine politische Rolle spiele." Diesen republikanischen Mahnrufen setzt heute der Royalist Cornely im „Matin" ein „Zu spät" entgegen; man habe vor sechs Monaten gegen Boulanger auftreten müssen, heute sei und bleibe der General ein volksthümlicher Mann, der, einerlei, wie die Ereignisse sich gestalten, berufen sei, eine hervorragende Rolle zu spielen.

* Wir lesen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung": In einem Artikel, welcher die Ueberschrift: Les bruits trägt, beschäftigt sich der Pariser „Figaro" mit den Gerüchten, die gegenwärtig aller Orten über Kriegsrüstungen und Kriegsvorbereitungen verbreitet sind und in der Luft umherschwirren. Er erwähnt dabei auch der Nachrichten, die in den letzten Tagen über den Bau von Kriegsbaracken an der deutschen Grenze circulirten, und führt dieselben auf Grund eingegangener Erkundigungen auf die Thatsache zurück, daß die französische Militärverwaltung an einzelnen Punkten allerdings Baracken errichten lasse, die zur Speisung und zur Unterbringung von Truppen dienen sollen. Diese und ähnliche Maßregeln erklärten sich indeß aus den Anstalten, die an der deutschen Grenze getroffen würden; seit dem Kriege von 1870/71 sei man nun einmal auf deutscher und französischer Seite bemüht, die Grenze mit natürlichen und künstlichen Hilfsmitteln zu verstärken.

In Deutschland behandele man diese Dinge mit der höchsten Discretion, in Frankreich dagegen sprächen die militärischen Blätter ganz offen über dieselben und gäben einer kritischen Beurtheilung derselben ein reichhaltiges Material an die Hand. Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie unpassend man in dieser Beziehung in Frankreich verfahre, böte das neuerdings erschienene Buch: „Das verschanzte Lager von Paris und die nationale Vertheidigung vom General X., in welchem nachgewiesen werde, daß die Belagerung von Paris mit verhältnißmäßig geringen Kräften möglich sei. Ein Capitel dieses Buches gebe sogar die Mittel an die Hand, wie der Platz am besten anzugreifen sei; ein Umstand, der den Landesvertheidigungsrath dazu veranlaßt habe, das als Lückenhaft bezeichnete Befestigungssystem der Hauptstadt sogleich zu verstärken.

Bei einem so rastlos thätigen Kriegsminister, wie der General Boulanger sei, der es liebe, in der Oeffentlichkeit viel von sich reden zu machen, und das Publicum von seinen Bestrebungen um die Armee in Athem zu halten, sei es nicht zu verwundern, daß die übertriebensten Gerüchte überall willig Glauben fänden, und daß aus einer Unrichtigkeit eine andere gefolgert würde.

Das Freapunctte an den eben erwähnten Ausführungen des „Figaro" ist der Schlußsatz, der die thatsächliche Lage der Dinge in folgender Beurtheilung zusammenfaßt:

„Da der Krieg nun einmal in den Friedensvertrag des Jahres 1871 mit eingeschlossen worden ist, so müssen wir uns entschließen, ihn immer vor uns zu sehen, und uns daher beständig auf ihn vorbereiten. Das ist gewiß traurig, aber das ist einmal so."

* Die überseeische Politik Italiens ist soeben durch die seitens Abessyniens in Anlehnung Massauahs ergriffene Offensive auf eine anscheinend zwar nicht Bedenken erregende, aber doch immerhin recht unliebsame Probe gestellt worden. Massauah bildete freilich seit dem ersten Erscheinen der italienischen Flagge im Rothen Meere einen Stein des Anstoßes zwischen den neuen Ankömmlingen und den Abessyniern, dennoch lag bis in die jüngste Zeit kein Symptom vor, welches eine so plötzliche Verschärfung der Krise hätte vorhersehen lassen; und durch das nach Rom gelangte Telegramm des Höchstcommandirenden in Massauah, Generals Genè, worin es heißt, die Spannung mit Ras Alula, dem abessynischen Feldhauptmann, dauere fort, doch scheine der Negus einem Bruche abgeneigt, wird die Situation auch nicht eben klarer. In Italien haben die Nachrichten aus Massauah und die in Folge derselben getroffenen Maßregeln zur Entsendung von Verstärkungen beträchtliches Aufsehen erzeugt und argwöhnische Tendenzen erge gemacht. Man fragt sich, wer ein Interesse daran haben könne, den Italienern gerade jetzt im Rothen Meere Verlegenheiten zu bereiten, wo Europa vor wichtigen Entscheidungen steht, in denen Italien unter Umständen eine Rolle zu spielen berufen sein könnte. Und wenn Deutschland, Rußland, England, Oesterreich-Ungarn aus der Reihe der muthmaßlichen Intriguanten vorweg ausscheiden, so bleibt nur Frankreich übrig, auf welches die öffentliche Meinung jenseits der Alpen ohnehin nicht gut zu sprechen ist, da sie der benachbarten Republik alle möglichen Streiche gegen Italien zutraut. Man erinnert sich jetzt auf einmal alle der Mühen, die Frankreich schon gegen den Machtzuwachs Italiens am Mittelmeer und Rothen Meere hat springen lassen, der Eifersucht, womit Frankreich die maritimen Bestrebungen Italiens controlirt, der Mißgunst, die es dem Aufschwung der italienischen Handels- und Küstenschiffahrt consequent begegnet und welcher das Scheitern des Schiffahrtsvertrages zwischen beiden Ländern einen eclatanten Beweis erbringt. Und nach den verbindlichen Worten, womit der Reichskanzler Fürst Bismarck kürzlich im deutschen Reichstage die Beziehungen seiner Politik zu Italien erwähnte, traut man es in Italien den Franzosen erst recht zu, daß sie die italienische Aktion, wo irgend angängig, lahm zu legen trachten. Dahin wird es nun zwar nicht kommen. Aber die Erregung gegen Frankreich ist in Italien bis zu einem hohen Grade gestiegen und wird sobald keine Abschwächung erfahren.

* Nach englischen Blättern hat die spanische Regierung aus Paris die Meldung erhalten, die dortige militärische Revolutionspartei habe eine geheime Versammlung abgehalten, um einen neuen Aufstand vorzubereiten. Man behauptet, es sei Zorilla gelungen, Anleihen im Gesammtbetrage von 86,000 Pfd. St. zu machen.

* Das nordamerikanische Repräsentantenhaus hat auf die Meldung, daß der Senat die Verlängerung des Gegenseitigkeitsvertrages mit Hawaii auf 7 Jahre sanctionirt habe und daß letzterer Bestimmungen enthält, welche gewissen Artikeln Zollfreiheit gewähren, seinen Rechtsausschuß beauftragt, darüber zu berichten, ob ein solcher Vertrag, der sich mit der Auferlegung von Zöllen auf irgend einen Artikel befaßt, ohne die Zustimmung des Repräsentantenhauses rechtsgiltig und bindend sein könnte. — Der Gesandte von Hawaii erklärt, daß die Clausel im Gegenseitigkeitsvertrag mit Hawaii, welche den Vereinigten Staaten das Recht zur Benutzung des Pearlflusses als Kohlenstation für die Marine giebt, niemals ihm oder seiner Regierung vorgelegen habe,

SLUB
Wir führen Wissen.